

## Guter und wirksamer Beitrag zum Klimaschutz: BWVG fordert Umsetzung des Gutachtens von Professor Dr.-Ing. Markus Brautsch



Erst 2012 wurde ein Energienutzungsplan für die Stadt Burglengenfeld durch Professor Dr.-Ing. Markus Brautsch (3 v.l.) von der Hochschule Amberg-Weiden im Rathaus vorgestellt. Seit dem Amtswechsel 2014 ist dieses Gutachten allerdings kein Thema mehr. Ein von der BWVG geforderter Sachstandsbericht zur Umsetzung des Gutachtens wurde vom Bürgermeister bisher verweigert.

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

Kein anderes Thema beherrscht die öffentlichen Diskussionen derzeit mehr als das Thema Klimaschutz. Auf allen politischen Ebenen versuchen die Parteien mit diesem Thema zu punkten und politisches Kapital daraus zu schlagen.

In Burglengenfeld ist das nicht anders. SPD und CSU übertreiben sich gegenseitig mit Vorschlägen und Anträgen. Bei dieser Profilierungsneurose übersehen sie allerdings völlig, dass seit 2012 ein Energienutzungsplan - erstellt von Professor Dr.-Ing. Markus Brautsch von der Hochschule Amberg-Weiden - in den Schubladen des Rathauses liegt, der nur darauf wartet, umgesetzt zu werden.

Zitat aus dem Gutachten: **„Unter der Ausnutzung aller dargestellten Minderungspotentiale kann der CO<sub>2</sub>-Ausstoß von derzeit rund 55.000 Tonnen/Jahr auf 40.100 Tonnen/Jahr in 20 Jahren reduziert werden, was einer Einsparung von 27 Prozent entspricht.“**

Die Zahlen des Gutachtens sind hochinteressant, denn sie belegen, dass die Stadt Burglengenfeld mit einem Einsparpotential von jährlich 1.000 Tonnen den geringsten Beitrag zu einer Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes leisten kann. Der größte Anteil liegt bei den privaten Haushalten mit 9.000 Ton-

nen pro Jahr. Dieses Ergebnis ist keine Überraschung, denn die Stadt hat in den zurückliegenden zwanzig Jahren durch eine Vielzahl von Neubaumaßnahmen (Schulzentrum, Kindergärten, Krippen, Feuerwehrgebäude und auch das Bulmare) sowie durch Sanierungsmaßnahmen (Kläranlage, Rathaus, Stadthaus usw.) die Gebäude aus energetischer Sicht gut gebaut bzw. mit modernster Technik (Blockheizkraftwerke) ausgestattet.

### Publicity ersetzt keine seriöse Politik

Seit dem Amtswechsel 2014 ist aber leider nichts Nennenswertes mehr geschehen. Im Gegenteil: Baumpflanzungen (für den Klimaschutz das wirksamste Mittel) fanden praktisch nicht mehr statt. In den Baugebieten Wölland und Hussitenweg II wurde beispielsweise kein einziger Baum gepflanzt. Die Vorschläge aus dem „Brautsch-Gutachten“ wurden nicht einmal im Stadtrat diskutiert. Es ist traurig, dass dieses wertvolle Gutachten im Rathaus keine Aufmerksamkeit findet und all die sinnvollen Vorschläge keine Umsetzung erfahren.

Dafür aber wird den Bürgern in der Presse vorgegaukelt, wie ernsthaft man an einer Klima-Allianz zwischen SPD und CSU arbeitet. Es tut mir leid, aber all das ist keine seriöse Politik, sondern ein Publicity-Gag, um den Bürgern Sand in die Augen zu streuen.

Die BWG hat sich in mehreren Fraktionssitzungen mit dem Gutachten beschäftigt und hat es intensiv diskutiert. Nach dem Studium des Gutachtens ist klar, warum sich der Bürgermeister weigert, einen Sachstandsbericht abzugeben. Er müsste nämlich einräumen, dass die Umsetzung des Gutachtens alles andere als ein Erfolg ist. Die Umsetzung verdient bei wohlwollender Bewertung maximal die Note mangelhaft.

### **BWG fordert Umsetzung des "Brautsch-Gutachtens"**

Anstatt sich um die Umsetzung des seit Jahren vorliegenden "Brautsch-Gutachtens" zu kümmern, wurde nun im Stadtrat beschlossen, ein neues Klimaschutzkonzept zu erstellen. Wir scheuen uns nicht festzustellen, dass es sich bei diesem neuen Gutachten um Aktionismus handelt, um politisch bei diesem Thema zu punkten. In aller Klarheit und Deutlichkeit weisen wir darauf hin, dass mit den im Antrag der SPD angesprochenen Punkten - beispielsweise Blumenwiesen und Verbot von Schotter in Vorgärten - bestenfalls positive Signale zu setzen sind, aber nicht mehr.

Das von der Stadt im Jahre 2012 selbst gesteckte Ziel, nämlich bis 2035 energieautark zu sein, wird damit nicht zu erreichen sein. Dieses Ziel ist nur mit Umsetzung der im "Brautsch-

Gutachten" enthaltenen Vorschläge zu erreichen. Warten wir's ab wie es weiter geht. Bis heute jedenfalls wurde noch nicht einmal festgelegt, wer das neue Gutachten erstellen soll.

Ein Ziel haben SPD und CSU allerdings schon erreicht: Die Presse hat intensiv und ausführlich berichtet. Uns BWG-Stadträten und sicherlich auch der Mehrheit unserer Bevölkerung ist das aber zu wenig. In der Nachbarstadt Maxhütte-Haidhof hat der Stadtrat einstimmig eine sachgerechte Entscheidung getroffen. Gemeinsam wurde festgelegt, dass ein im Jahre 2010 erstelltes Klimaschutzkonzept fortgeschrieben wird. Solch ein Beschluss - das "Brautsch-Gutachten" zu ergänzen - wäre auch in unserer Stadt sinnvoll und zielführend gewesen.

In diesem Sinne verbleibe ich  
mit freundlichen Grüßen



Albin Schreiner  
Fraktionsvorsitzender  
Rechtsanwalt

## Spendenübergabe an den ASV-Nachwuchs

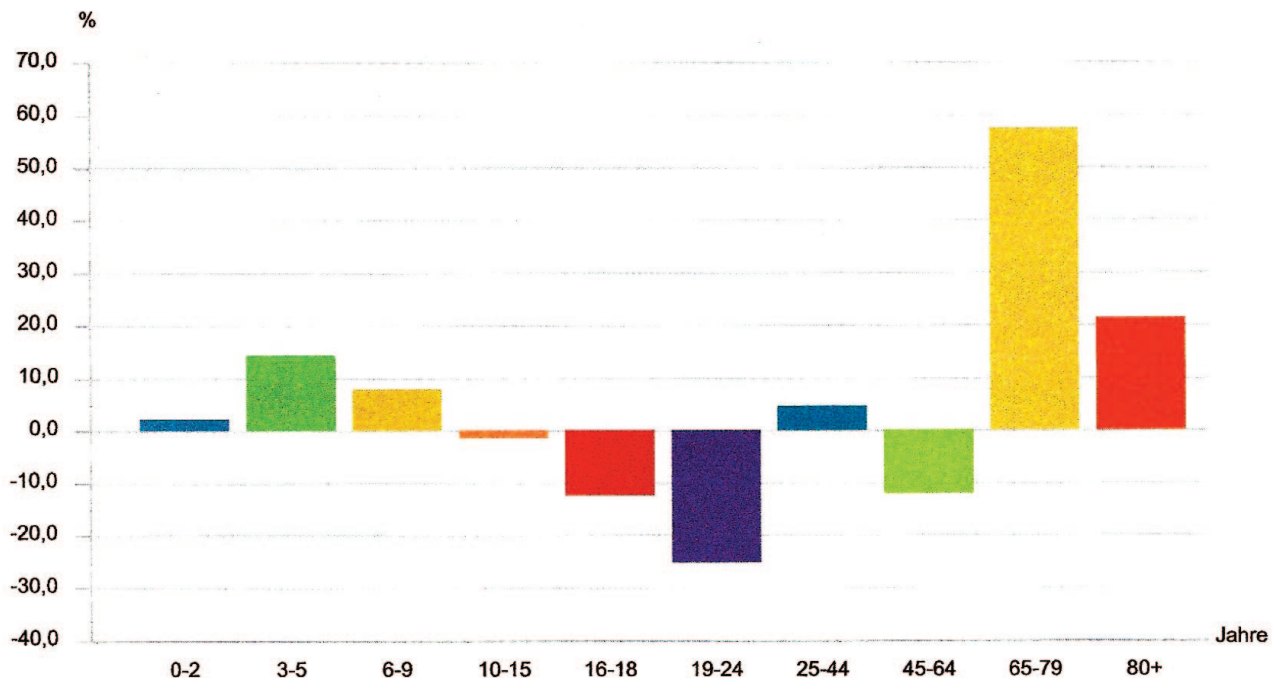


Mit einer Spende der BWG wurden die neuen Trikots der C-Jugend des ASV finanziert. Albin Schreiner überzeugte sich mit seiner Frau Birgit, dass die Trikots auch passen. Trainer Helmut Schmid und Fußballjungleiterin Michaela Schönwetter bestätigten kurz und bündig: "Schauen gut aus!" Stimmt!

# Fakten - Fakten - Fakten - Fakten - Fakten

Am 15. März 2020 finden die Kommunalwahlen statt. In weniger als sieben Monaten entscheiden die Bürgerinnen und Bürger, wer ab 1. Mai 2020 die Verantwortung im Rathaus übernehmen wird. Die BWG möchte die Bürger durch Argumente überzeugen und klar machen, dass sie eine echte Alternative zu den etablierten Parteien CSU und SPD ist, die in den zurückliegenden fünf Jahren allzu oft aus Parteiinteressen "Mauschelgeschäfte" bevorzugten und die BWG-Freie Wähler bewusst ausgrenzten. In unseren Bürgerinfos werden wir daher die Ideen und Konzepte der BWG für die Zukunftsgestaltung unserer Stadt darlegen und versuchen, eine Sachdiskussion in Gang zu setzen.

## Änderung der Altersstruktur von 2012 auf 2030 (%)



Quelle: Statistische Ämter der Länder, ies, Deenst GmbH, eigene Berechnungen

Diese Grafik kann die Verantwortlichen im Rathaus nicht zufrieden stellen, denn der Anteil der über 65-jährigen Mitbürger wird bis 2030 ganz erheblich wachsen. Bedenklich auch, dass die Sterbefälle die Geburtenzahlen übersteigen und eine hohe Abwanderung junger Menschen zu verzeichnen ist. Im Klartext heißt das: Um diese Entwicklung zu stoppen und bessere Ergebnisse zu erreichen, brauchen wir weiterhin Zuzüge insbesondere von jungen Familien. Es besteht Handlungsbedarf.

Dieses Ziel ist aber nicht dadurch zu erreichen, dass die Stadt in Sachen Baulandausweisung - so wie von SPD und CSU neuerdings propagiert - kürzer tritt und auf die Einbindung privater Investoren verzichtet. Entscheidend wird sein,

dass die Stadt ihr Potenzial nutzt, die Infrastruktur weiter ausbaut und auf eine dynamische Stadtentwicklung setzt. Nur so wird es möglich sein, der von der Bertelsmann-Stiftung prognostizierten negativen Entwicklung entgegenzuwirken.

Die Bertelsmann-Stiftung, die alle Kommunen in Deutschland mit über 5.000 Einwohnern untersuchte und bewertete, stellt zur Problematik fest: "Selbst für die wenigen noch wachsenden Kommunen wäre der Standpunkt, noch keinem Handlungsdruck ausgesetzt zu sein, kurzfristig, denn auch sie werden die Folgen sich ändernder Alters- und Haushaltsstrukturen spüren."

# BWG plädiert für Einrichtung einer Seniorenberatungsstelle

Konsequenz der sich verändernden Altersstruktur unserer Stadt (siehe Grafik auf Seite 3) muss sein, die vorliegenden Erkenntnisse der Bertelsmann-Stiftung und auch die Ergebnisse der von der Arbeitsgruppe für Sozialforschung in München bei den älteren Mitbürgern unserer Stadt durchgeführten Bürgerbefragung in die Tat umzusetzen. Ein konkretes Ergebnis wäre die Einrichtung einer Seniorenberatungsstelle im Bürgertreff.

2013 wurden in dieser Richtung bereits einmal die Weichen gestellt. Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion wurde die Einrichtung einer derartigen Stelle gegen die Stimmen der Konservativen beschlossen. Leider wurde dieser Beschluss von Bürgermeister Thomas Gesche nach dem Amtswechsel 2014 nicht umgesetzt. Die Konservativen im Rathaus hoben diesen Beschluss mit Unterstützung der Sozialdemokraten, die ursprünglich selbst die Einrichtung initiiert hatten, wieder auf. Heute wissen wir: Das war ein Fehler.

## Seniorenpolitik verdient höheren Stellenwert

Trotz dieser unschönen Vorgeschichte muss der Blick nach vorne gehen, denn vor dem Hintergrund einer immer älter wer-

denden Gesellschaft sind die Herausforderungen größer denn je. Die Bertelsmann-Stiftung fordert daher "eine zentrale Anlaufstelle für Information, Beratung und Koordination in der städtischen Verwaltung".

Die BWG greift diesen Vorschlag auf und unterstützt die Empfehlung der Bertelsmann-Stiftung. Im Sinne einer guten Seniorenpolitik hoffen die BWG-Stadträte, dass die anderen Fraktionen des Stadtrates die Einrichtung einer Seniorenberatungsstelle nicht weiter ablehnen und umdenken. Die städtische Seniorenpolitik verdient einen höheren Stellenwert und dazu bedarf es professioneller Unterstützung durch eine hauptamtliche Fachkraft.

## Ergebnisse der Bürgerbefragung umsetzen

Die Ergebnisse der durchgeführten Bürgerbefragung sollten nicht weiter in den Schubladen des Rathauses schlummern, sondern Schritt für Schritt realisiert werden. Einige Beispiele: Weiterer Ausbau des Stadtbusangebots, verstärktes Angebot an Informationsveranstaltungen, seniorenpolitisches Gesamtkonzept oder auch Neuauflage des Ratgebers für Senioren.

## Herzlichen Glückwunsch

zum 80. Geburtstag von Georg Tretter

zur Hochzeit von Brigitte Leikam

Der Jubilar gehörte von 1996 - 2014 dem Stadtrat an und war von 2008 - 2014 dritter Bürgermeister. Viele Jahre führte er den SPD-Ortsverein als Vorsitzender und ist heute noch als Vorsitzender der Partnerschaftsvereine tätig. Die Stadt würdigte dieses vorbildliche ehrenamtliche Engagement mit der Verleihung der Bürgermedaille.



Vor dem Standesamt in Velburg schloss Brigitte Leikam, Schriftführerin der BWG und frühere Sekretärin der Bürgermeister Stefan Bawidamann und Heinz Karg mit Norbert Meier den Bund fürs Leben. Die BWG gratuliert herzlich und wünscht alles Gute für die gemeinsame Zukunft.

